

Angst vor Lärm und Schmutz

Bürgerinitiative gegen die Nutzung von Gewerbegebiet durch Industriebetrieb

Von KERSTIN VÖLLING

LONGERICH. Was ist eigentlich ein „atypischer Einzelfall“ im Baurecht? Und wie ist er zu bewerten? Diese Fragen verunsichern zurzeit viele Longericher Bürger: Wie sehr, machte der Besucherandrang beim Informationsabend der Bürgerinitiative Wohnen und Umwelt (Biwu) im Pfarrheim der Gemeinde Christ König deutlich. „Über 50 Bürger habe ich gezählt“, sagt Biwu-Vorstandsmitglied Günter Walter. „Das zeigt doch, die Longericher haben Angst!“

Angst, so sagt Walter, in erster Linie vor dem Unternehmen „Rohstoff- und Wertstoff-Recycling“ (RWR), speziell vor dessen Geschäftsführer Wolfgang Michels. „Herr Michels hat uns in der Vergangenheit schon oft enttäuscht, hat etwa Zäune errichten lassen, die gegen das Baurecht verstießen“, erklärt Wilhelm Schlößer, ein weiteres Biwu-Vorstandsmitglied. „Jetzt hat er schon wieder Rampen gebaut, die eigentlich einer Genehmigung bedürfen.“ Walter ergänzt: „Wir haben Angst, dass Herr Michels durch die Hintertür nun doch eine Industrieanlage aus seinem Gewerbegebiet macht.“ Das Verhältnis zum RWR-Geschäftsführer sei zerrüttet. Deshalb

war er zum Biwu-Info-Abend auch nicht eingeladen worden. Fakt ist, dass Michels das rund 40 000 Quadratmeter große, von der Deutschen Bundesbahn gekaufte Unternehmensgrundstück an der Hugo-Junkers-Straße gern als Industrieanlage genutzt hätte. Diese Genehmigung hat die Stadt ihm nicht erteilt. Fakt ist auch, dass der Verwaltung von der RWR jetzt Pläne vorliegen, in denen das ausgewiesene Gewerbegebiet mit Ausnahmegeheimnissen – also mit „atypischen Einzelfällen“ – genutzt werden könnte.

Zäune und Rampen illegal errichtet

Die Longericher wollten nun wissen, was unter den „atypischen Einzelfällen“ zu verstehen sei und wie die Lokalpolitiker dazu stehen. Und hier zeigte sich ein weiteres Faktum: Kein Politiker kannte die Pläne in allen Einzelheiten. Der Stadtentwicklungsausschuss (Stea) hatte die Offenlegung des Bebauungsplans zweimal verschoben. Die Grünen wollten sich erst noch eingehender informieren und gehen der Biwu gegenüber keine weitere Stellungnahme ab. Auf Anfrage der Kölnischen

Rundschau erklärte RWR-Geschäftsführer Wolfgang Michels: „Antragsteller für die Ausnahme genehmigungen ist das RWR-Partnerunternehmen M+P GmbH, dessen Geschäftsführer ich, ebenfalls bin. Wir brauchen die Ausnahme genehmigungen, um ein neues Verwaltungsgebäude zu bauen, weitere Parkplätze inklusive eines LKW-Abstellplatzes zu schaffen, eine Werkstatt und eine Halle zu bauen, in der Papier, Plastik und Holz umgeladen werden.“ Pläne, eine Holzschredderanlage in Betrieb zu nehmen, habe das Unternehmen mittlerweile verworfen. Michels räumt ein, dass er illegale Zäune errichten ließ und auch die Rampen, die vor rund zwei Jahren entstanden seien, ohne Genehmigung habe bauen lassen. „Ich musste schnell handeln“, sagt er. „Laut Auflage der Stadt muss unser Unternehmen gewährleisten, dass niemand auf die Gleise gelangen kann. Außerdem hatten wir regelmäßig Spritdiebe auf dem Gelände.“ In den vergangenen drei Jahren habe RWR 20 neue Arbeitsplätze am Standort geschaffen. „Fast alle Mitarbeiter kommen mit dem Auto. Deshalb mussten Parkplätze her, die aufgrund der Beschaffenheit des Grundstücks nur über Rampen erreichbar sind.“ Alle

Rundschau erklärte RWR-Geschäftsführer Wolfgang Michels: „Antragsteller für die Ausnahme genehmigungen ist das RWR-Partnerunternehmen M+P GmbH, dessen Geschäftsführer ich, ebenfalls bin. Wir brauchen die Ausnahme genehmigungen, um ein neues Verwaltungsgebäude zu bauen, weitere Parkplätze inklusive eines LKW-Abstellplatzes zu schaffen, eine Werkstatt und eine Halle zu bauen, in der Papier, Plastik und Holz umgeladen werden.“ Pläne, eine Holzschredderanlage in Betrieb zu nehmen, habe das Unternehmen mittlerweile verworfen. Michels räumt ein, dass er illegale Zäune errichten ließ und auch die Rampen, die vor rund zwei Jahren entstanden seien, ohne Genehmigung habe bauen lassen. „Ich musste schnell handeln“, sagt er. „Laut Auflage der Stadt muss unser Unternehmen gewährleisten, dass niemand auf die Gleise gelangen kann. Außerdem hatten wir regelmäßig Spritdiebe auf dem Gelände.“ In den vergangenen drei Jahren habe RWR 20 neue Arbeitsplätze am Standort geschaffen. „Fast alle Mitarbeiter kommen mit dem Auto. Deshalb mussten Parkplätze her, die aufgrund der Beschaffenheit des Grundstücks nur über Rampen erreichbar sind.“ Alle



Kämpferisch: Günter Walter und Wilhelm Schlößer (v.l.) vor der Einfahrt des Unternehmens. (Foto: Völling)

Baumaßnahmen seien mittlerweile durch einen Vertrag des Unternehmens mit Stadt und Bezirksregierung geduldet. Legal wären sie, wenn der Rat der Stadt dem nun vorliegenden Bebauungsplan samt der Ausnahmen zustimmen würde. „Ohne Zustimmung sehe ich die 50 Arbeitsplätze am Standort akut gefährdet“, sagt Michels. Zunächst aber müssen die Pläne durch die Bezirksvertretung, Martin Erkelenz, CDU-Ortsverbandsvorsitzender Longerich/Garstenstadt Nord und wohl auch die Mehrheit in der CDU teilen die Ängste der Biwu nicht, die Ausnahme genehmigungen würden zu mehr Lärm und Gestank in Longerich führen. Erkelenz: „Wir sehen eher kei-

ne Probleme, den Plänen zuzustimmen. Wer sein Gewerbegebiet atypisch nutzt, muss auch atypische Auflagen erfüllen, die selbstverständlich kontrolliert werden.“

Anders sieht das die Longericher SPD. Sie ließ über Beisitzer Horst Baumann den Gästen der Biwu-Veranstaltung ausrichten, dass sie Ausnahme genehmigungen nicht zustimmen werde. „Obwohl die Verwaltung keine Genehmigung ausgestellt hat und der B-Plan noch nicht verabschiedet ist, baut der Unternehmer Michels weiter. So ist zum Beispiel eine neue Rampe entstanden. Diese Unverfrorenheit traf auf den Protest der vielen Bürger und lässt kein Vertrauen auf zukünftige Zusammenleben entstehen“, heißt es auf der Internetseite des SPD-Ortsvereins. Michels betont, dass sein Unternehmen in Zukunft über die Hälfte des 40 000 Quadratmeter großen Grundstücks verkaufen werde. „5000 Quadratmeter sind bereits an die Longericher Gerüstbaufirma Kampa verkauft. Für weitere 16 000 Quadratmeter stehen wir in Verhandlung mit einer Holzhandlung.“ Klassische Abfallbewirtschaftung soll in Zukunft nur auf rund 5000 Quadratmeter Fläche stattfinden. Der Stadtentwicklungsausschuss tagt öffentlich am Dienstag, 22. Februar, um 15 Uhr im Rathaus, Spanischer Bau, Theo-Burauren-Saal, Raum-Nr. B 121.